

# Die Überzeuger

Die Globalisierungskritik von Attac ist mittlerweile Mainstream / Zehn Jahre alte Bewegung wächst weiter

Von Volker Schmidt

Vor ein paar Jahren war eine andere Welt möglich. Der Slogan der heute vor zehn Jahren in Frankreich gegründeten globalisierungskritischen Sammelbewegung Attac war in aller Munde. Aber seit dem kurzen Sommer der Globalisierungskritik, vor einem Jahr beim G8-Gipfel in Heiligendamm, ist es ruhiger geworden.

Ruhiger? Stimmt gar nicht, sagt Sven Giegold, Mitgründer von Attac Deutschland und heute Vertreter des Naturschutzverbandes BUND im Attac-Rat, der FR: „Attac geht es ziemlich gut.“ Die Organisation sei nur nicht immer so sichtbar: „Viel Aufmerksamkeit hatte der Protest gegen die Bahnprivatisierung – Mitinitiator und Kernorganisation des Bündnisses Bahn für Alle ist Attac.“ Auch das Engagement gegen Steueroasen werde beachtet: „Was wir gelernt haben, ist, Schwerpunkte zu setzen und die Ressourcen so einzusetzen, dass sie etwas bewirken.“ Bei der Bahn ist die Privatisierung des Netzes vom Tisch, der Anteil, der verkauft wird, geschrumpft.

## „Entwaffnet die Märkte“, schrieb Ignacio Ramonet im Gründungsmanifest

Das Attac-Gründungsmanifest schrieb Ignacio Ramonet, Chefredakteur von Le Monde Diplomatique, im Dezember 1997: „Entwaffnet die Märkte!“, forderte er. Es sei Zeit, dem zerstörerischen Finanzsystem „Sand ins Getriebe zu streuen“. Die von ihm verlangte Aktionsgruppe für eine Tobin-Steuer gründete sich am 3. Juni 1998 in Paris; Deutschland folgte 2000. Die Idee einer Steuer auf Finanzgeschäfte war vom Wirtschaftsnobelpreisträger James Tobin geklaut – der aber über die „Anti-Globalisierungs-Revolution“ schimpfte.

Richtig bekannt wurde Attac, als 200 000 Demonstranten gegen den G8-Gipfel in Genua in die Knüppel der Berlusconi-Polizei lie-



Attac-Aktivisten beim G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm.

JENS MEYER/AP

fen. Staatschefs hinter Stacheldraht hier, weitgehend friedliche Idealisten mit regenbogenbunten Pace-Fahnen da – die Sympathien waren klar. Dann wurde auch noch der Italiener Carlo Giuliani von einem Polizisten erschossen.

Heute ist die Kritik am freien Fluss der Geldströme in den Parteien angekommen. Dass Horst Köhler vom Markt als Monster spricht, „können wir erstmal auf der Haben-Seite verbuchen“, sagt Giegold. Verändert aber habe sich wenig: „Viele an den Schalthelmen sind immer noch Neoliberale, und bei den Parteien unterscheiden sich Rhetorik und Handeln.“

Bei Attac sind die Grünen Jugend und Verdi Mitglied, Pro Asyl und Pax Christi, Naturfreunde und Netzwerk Cuba. „Attac lebt durch die Gruppen. Was sie tun wollen, das tun sie: Das ist unsere große Stärke“, sagt Sabine Zimpel, „das macht Attac lebendig und bunt.“ Die 37-Jährige, seit 2007 im Koordinierungskreis von

Attac Deutschland, engagiert sich für den Klimaschutz, gegen die Macht der Stromkonzerne und in der Attac-AG Internationales. Sie hat in einem Grünen-Bundestagsbüro gearbeitet, für die Entschuldung der Entwicklungsländer getrommelt, den Protest in Heiligendamm mitorganisiert. Und sieht den „Gemischtwarenladen“ auch skeptisch: „Wir dürfen unsere Kernkompetenzen – Märkte, Steuern, Finanzpolitik – nicht vernach-

lässigen.“ Giegold erklärt die Schwerpunktsetzung so: „Wir lassen alle Blumen blühen – und züchten einige zur Baumgröße.“

Zunehmend vernetzten sich die Globalisierungskritiker auf globaler Ebene: „Wir konnten Proteste gut organisieren, aber nicht Kampagnen für etwas – das ändert sich: Wir müssen es schaffen, in vielen Ländern gleichzeitig mit Druck die gleichen Forderungen zu stellen.“ Als Beleg nennt Gie-

gold die europäische Sommerakademie in Saarbrücken im August.

Auch aus Zimpels Sicht ist Attac nicht von gestern: „Wir haben einen ständigen Mitgliederzuwachs und denken darüber nach, unser Personal auszubauen.“ Beispielsweise Bildungsbeauftragte, die in den örtlichen Basis-Gruppen über die komplexen Zusammenhänge hinter den Attac-Themen informieren.

„Meine andere Welt“, sagt Zimpel, „hat eine gerechtere Verteilung, der Zugang zu geistiger und materieller Nahrung ist für alle da.“ Nochmal zehn Jahre reichen dafür nicht, sagt Giegold: „Die Regulierung der Globalisierung ist ein langfristiger Prozess, wie die Arbeiter-, die Frauen-, oder die Umweltbewegung.“ Er hofft auf UN-Konventionen „mit Zähnen“, sanktionsbewehrte Verbote von Steueroasen, einklagbare soziale Menschenrechte. „Höchste Priorität hat eine deutliche Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes – sonst werden viele andere Dinge obsolet.“

## STRUKTUREN

Die „Association pour la Taxe Tobin d'aide aux Citoyens“ (Attac), Vereinigung für die Besteuerung von Finanztransaktionen zum Nutzen der Bürger, hat nach eigenen Angaben in rund 50 Ländern Gruppen mit 90 000 Mitgliedern, in Deutschland 19 000.

Der Koordinierungskreis ist ein Arbeitsgremium, das die Beschlüsse von Rat und Ratschlag umsetzt und die interne Kommunikation regelt. Alle Ebenen entscheiden stets im Konsens.

Höchstes Gremium von Attac Deutschland ist der „Ratschlag“ (Vollversammlung) zweimal jährlich.

Im Attac-Rat als höchstem Gremium zwischen den Ratschlägen kommen etwa viermal im Jahr Vertreter der Basisgruppen und der Mitgliedsorganisationen zusammen.

Der Wissenschaftliche Beirat mit fast 100 Professoren und andere Experten verschiedener Richtungen berät Attac.

# Die Armut von gestern

Wirtschaftsminister verwirft Bericht zur sozialen Lage aus dem Arbeitsministerium / Alte Daten als Grundlage

Von Michael Bergius

BERLIN. Der von Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) kürzlich vorgelegte Armuts- und Reichtumsbericht trifft auf Vorbehalte. Nicht nur Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) wirft seinem Kabinettskollegen eine „tendenziöse“ und einseitige Beschreibung der sozialen Lage in Deutschland vor. Auch aus seiner eigenen Partei schlägt Scholz Kritik entgegen.

Im Kern lautet die Aussage der Mitte Mai präsentierten Bestandsaufnahme: Etwa 13 Prozent der

Deutschen sind arm; es wären sogar 26 Prozent, wenn der Staat nicht über diverse Transferleistungen einspränge.

Dass es sich nur um einen vom Kabinett noch nicht abgenickten Entwurf handelte, hatte Scholz relativ diskret kommuniziert; umso klarer fiel dagegen sein Plädoyer aus, dass das Armutsproblem am besten durch die Einführung von Mindestlöhnen behoben werden könne.

Der Arbeitsminister sei vorgeprescht, und die Rohfassung entspreche „weder konzeptionell

noch sprachlich den Anforderungen“ an einen Regierungsbericht, heißt es vernichtend in einer Stellungnahme des Glos-Ressorts, die der Frankfurter Rundschau vorliegt. Wer so argumentiere wie Scholz, leiste einer „Versorgungsmentalität“ Vorschub und schüre eine „Neiddebatte“.

Beim Thema Mindestlohn nehme das Arbeitsministerium eine Position ein, die nicht durch Koalitionsbeschlüsse gedeckt sei, rüffelt Glos. Formal kritisiert er schließlich, dass der Bericht nur die Entwicklung bis zum Jahr

2005 berücksichtige. Damit werde die seitdem eingetretene „überaus positive Arbeitsmarktentwicklung weitgehend ausgeblendet“.

Was den letzten Kritikpunkt betrifft, steht Glos nicht allein. Die Datenlage sei „politisch problematisch“, sagte der SPD-Wirtschaftsexperte Rainer Wend der FR. „Der Bericht bildet die heutige Wirklichkeit falsch ab, er suggeriert eine Situation, die objektiv nicht da ist.“

Wend fordert daher: „Wir müssen bei diesem Bericht entweder zeitnäher werden oder – wenn das nicht geht – zumindest deutlicher

einordnen, welche Wirklichkeit beschrieben wird.“ Was die „Struktur“ des Berichts und die Aussagen zum Thema Mindestlohn betreffe, hat Wend kein Problem.

Eine Sprecherin von Scholz zeigte sich am Montag wenig beeindruckt von den kabinettinternen Sticheleien. Es sei üblich, dass Ressortberichte mit Kommentaren von anderen Ministerien versehen würden. Man werde die Anregungen „einarbeiten“, ließ Scholz wissen; „am Ende“ jedoch werde sich der eigene Entwurf wohl „weitestgehend“ durchsetzen.